

Frankfurter Bündnis der Bürgerinitiativen (F.B.I.)

Antrag der Fraktionen CDU/SPD im Hessischen Landtag vom 03.09.2024

„Flughafen Frankfurt: Bedeutung des Drehkreuzes weiter stärken – Internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen“

Pressemitteilung

Antrag von CDU und SPD zur Stärkung des Drehkreuzes Frankfurt entsetzt Bürgerinitiativen

Das Frankfurter luftverkehrskritische Bündnis F.B.I. schlägt Alarm

Das luftverkehrskritische Bündnis der Frankfurter Bürgerinitiativen F.B.I. ist entsetzt über den aktuell in den Hessischen Landtag eingebrachten Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Stärkung des Drehkreuzes Frankfurt. Die Fraktionen befinden sich mit ihrem Antrag auf einer Linie mit den öffentlichen Aussagen von Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori in den letzten Wochen.

Alle wiederholen mantraartig die Behauptungen der Luftverkehrswirtschaft, dass der Flughafen unverzichtbar für Wohlstand, die Wertschöpfung und den gesamten Wirtschaftsstandort in Hessen sei. Entsprechendes Lob kommt von der Vereinigung der hessischen Unternehmer und den Hessischen Industrie- und Handelskammern.

Insbesondere die Luftverkehrssteuer wird als wesentlicher Bremsfaktor für die Entwicklung der Branche gebrandmarkt, die gehöre am besten abgeschafft, dürfe zumindest nicht erhöht werden.

Der geforderte Schutz der Luftverkehrsbranche gelte vor allem auch Fraport, das als mehrheitlich öffentlich-rechtliches Unternehmen verpflichtet sei, auch den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Wenn sich das Land Hessen als Anteilseigner für eine weitere Stärkung und Ausweitung des Drehkreuzes Frankfurt einsetze, verletze es damit seine Sorgfaltspflicht für die Bürgerinnen und Bürger, so Dr. Ursula Fechter vom Frankfurter Bündnis F.B.I. Eine Verstärkung des Drehkreuzes bedeute eine neue zusätzliche Lärm- und Schadstoffbelastung aller Menschen im Rhein-Maingebiet. Es dürfe nicht sein, dass die Lobby privater Unternehmen die Luftverkehrspolitik mitbestimme, untertreicht Jürgen Lamprecht für das F.B.I..

Die Belastungen der Menschen in der Flughafenregion durch Lärm und Umweltschadstoffe wie Ultrafeinstäube, CO₂, Stickoxyde und die negative Bedeutung für den Klimawandel werden in dem Landtagsantrag nur am Rande erwähnt bzw. auf Zukunftstechnologien verwiesen, die gefördert werden sollen.

Bürgerinitiativen im F.B.I.

Wohnen ohne Fluglärm und Absturzbedrohung (WOFA), Oberrad | BI Sachsenhausen | Stop Fluglärm, Sachsenhausen | BI Niederrad | Eintracht gegen Fluglärm, Niederrad | BI Schwanheim Goldstein | Frankfurt Nord gegen Fluglärm | Gemeinsam gegen Fluglärm und Schadstoffe

Frankfurter Bündnis der Bürgerinitiativen (F.B.I.)

Nach allen Untersuchungen unabhängiger Institutionen werden diese Technologien aber erst in einigen Jahrzehnten zu einer spürbaren Entlastung der Schädigungen durch den Flugverkehr beitragen.

Die Forderung der Landtagsfraktionen und der Luftverkehrswirtschaft sind kontraproduktiv und werden von den Bürgerinitiativen entschieden abgelehnt.

Mit ihrem Green Deal und dem Maßnahmenpaket fit for 55 versucht die EU, die Treibhausgasemissionen als Zwischenziel bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren. Einige wichtige Regelungen sind für den Luftverkehr geplant. In Deutschland wurde die Luftverkehrssteuer im Mai um 25 % erhöht.

Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, die zeigt, dass die Subventionen für den Luftverkehr für den Zeitraum 2023 bis 2030 für insgesamt 3,6 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich sind. Daraus folgt, dass Subventionen gestrichen und Flüge auf ein verträgliches Maß reduziert werden müssen.

Die Bürgerinitiativen fordern zudem seit langem eine Besteuerung des Kerosins und eine Mehrwertbesteuerung bei Flügen ins und aus dem Ausland für die gesamte Flugstrecke.

Damit wäre man an sich auf einem guten Weg zur Klimaneutralität, so das F.B.I. in seiner Erklärung.

Aber es habe sich eine unheilige Allianz aus Luftverkehrslobby und Politik gebildet, die versuche, die Maßnahmen der EU zur Reduzierung der CO₂ Emissionen zu torpedieren.

Die Landesregierung hat nicht nur die Ausgaben für Nachhaltigkeit im Luftverkehr um 3,8 Millionen Euro gekürzt, sondern sie setzt sich auch für die Korrektur der Luftverkehrssteuer ein.

Noch in ihrem Regierungsprogramm hatte die SPD festgehalten, dass „konsequent alles getan wird, was auf landespolitischer Ebene zur Verringerung des Lärms und zum Ausgleich von Lasten durch den Flugbetrieb möglich ist. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren genießt dabei selbstverständlich vorrangige Bedeutung“.

Dies spielt aber in der Regierungskoalition offensichtlich keine Rolle mehr, so Fechter und Lamprecht.

F.d.R. und für Nachfragen

Dr. Ursula Fechter

0172 6 66 18 61

Bürgerinitiativen im F.B.I.

Wohnen ohne Fluglärm und Absturzbedrohung (WOFA), Oberrad | BI Sachsenhausen | Stop Fluglärm, Sachsenhausen | BI Niederrad | Eintracht gegen Fluglärm, Niederrad | BI Schwanheim Goldstein | Frankfurt Nord gegen Fluglärm | Gemeinsam gegen Fluglärm und Schadstoffe